

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Katrin Helling-Plahr, Michael Theurer, Nicole Bauer, Renata Alt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Britta Katharina Dassler, Christian Dürr, Hartmut Ebbing, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Thomas Hacker, Reginald Hanke, Peter Heidt, Markus Herbrand, Torsten Herbst, Katja Hessel, Reinhard Houben, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Dr. Christian Jung, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Michael Georg Link, Bernd Reuther, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Gerald Ullrich, Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Beratungsangebote rund um die palliative Geburt**

Werdende Eltern, die erfahren, dass ihr Kind nach der Geburt nicht lange überlebensfähig sein wird, stehen einer enorm belastenden Situation gegenüber. Das Wissen darum, dass das eigene Kind bald nach seiner Geburt sterben wird, bringt für Betroffene die Frage mit sich, ob man sich für einen Abbruch oder eine Fortsetzung der Schwangerschaft entscheidet (<https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/ein-kind-austragen-das-sterben-wird-zwei-tage-lang-war-en-sie-zu-sechst-12730052.html>).

Wenn sich werdende Eltern bei Diagnose einer lebensverkürzenden Erkrankung des Kindes für eine palliative Geburt entscheiden, so ergeben sich für sie viele Folgefragen, die sich um den weiteren Verlauf der Schwangerschaft, den Geburtsvorgang und die Zeit zwischen der Geburt und dem gewissen Tod des eigenen Kindes drehen können. Sowohl die Entscheidung selbst als auch die Beantwortung dieser Fragen erfordern empathische Beratungsangebote. Aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist es durchweg zu begrüßen, wenn sich Betroffene dafür beispielsweise an eine auf die Palliativversorgung von Kindern spezialisierte Beratungsstelle wenden können, die sie auf diesem Weg begleitet.

Vor diesem Hintergrund ist für die Fragestellerinnen und Fragesteller von großem Interesse, wie die diesbezügliche gegenwärtige Angebotssituation in Deutschland aussieht und wie eine nachhaltige Sicherstellung entsprechender Beratungsangebote erwirkt werden kann.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Beratungsangebote für werdende Eltern, die sich nach ärztlicher Diagnose einer lebensverkürzenden Erkrankung ihres Kindes für eine palliative Geburt entscheiden?

- a) Wenn ja, um welche Angebote handelt es sich genau?
- b) Wenn ja, wer bietet diese Beratung an?
2. Welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen nach Kenntnis der Bundesregierung für Anbieter entsprechender Beratungsangebote?
  - a) Findet eine Förderung durch den Bund statt beziehungsweise besteht gegenwärtig die Möglichkeit einer solchen?
  - b) Sind der Bundesregierung entsprechende finanzielle Förderungen durch die Länder bekannt?
  - c) Besteht nach Auffassung der Bundesregierung gegenwärtig im Fall einer Inanspruchnahme durch gesetzlich Versicherte die Möglichkeit einer Kostenübernahme durch die gesetzliche Krankenversicherung?
3. Hat die Bundesregierung eine Bewertung dazu vorgenommen, inwiefern eine Finanzierung entsprechender Beratungsangebote durch den Bund oder die gesetzliche Krankenversicherung sinnvoll wäre?
  - a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
  - b) Wenn nein, warum nicht, und ist eine solche Bewertung geplant?

Berlin, den 30. September 2020

**Christian Lindner und Fraktion**